

Turning point

ETHOS-NEWSLETTER ZU GOVERNANCE UND NACHHALTIGKEIT



EDITORIAL : Das Klima ist nicht verhandelbar, BP-Aktionärinnen und -Aktionäre läuten die Alarmlöcke

Die Generalversammlung 2026 von BP war eindrucksvoll. Inmitten wiederholter Angriffe auf Nachhaltigkeitsinitiativen haben die Aktionärinnen und Aktionäre des britischen Ölkonzerns dem Verwaltungsrat klar signalisiert: Die elementaren Aktionärsrechte sind nicht verhandelbar und einmal eingegangene Klimaverpflichtungen können nicht einfach rückgängig gemacht werden. Sie haben der Politik und Finanzwelt gezeigt, dass Klimafragen ungeachtet des aktuellen Kontexts oder der Machtverhältnisse im Weissen Haus ein zentrales Anliegen bleiben. Angesichts [einer weiteren Hitzewelle](#) in Indien mit Temperaturen von teils über 45 Grad Celsius ist der Klimawandel auch schwer zu ignorieren.

Der BP-Verwaltungsrat weigerte sich, einen von Follow This und einer Koalition internationaler Investierender – darunter die Ethos Stiftung und einige ihrer Mitglieder – einen rechtsgültig eingereichten Aktionärsantrag der Generalversammlung vorzulegen. Dies veranlasste die Aktionärinnen und -Aktionäre, dem Verwaltungsrat und dem seit Oktober

2025 amtierenden Präsidenten Albert Manifold eine starke Botschaft senden. Die Botschaft nahm die Form [eines dreifachen Sieges](#) fürs Klima und die Aktionärsrechte an.

Zunächst stimmte eine Mehrheit (53 Prozent) gegen die vom Verwaltungsrat vorgeschlagene Aufhebung zweier klimabezogener Aktionärsanträge. Die Generalversammlungen 2015 und 2019 hatten diese Anträge gutgeheissen. Beide Anträge wurden damals vom Verwaltungsrat unterstützt und verlangten von BP unter anderem mehr Transparenz zur Klimastrategie. Diese ist unerlässlich, um Fortschritte beim Übergang zu nachhaltigeren Energiequellen beurteilen zu können. Die Ablehnung zeigt, wie wichtig dem Aktionariat klimabezogene Transparenz ist. Bemerkenswert: Ebenfalls 53 Prozent lehnten einen Antrag ab, der künftig rein virtuelle Generalversammlungen ermöglicht hätte.

Anschliessend unterstützten zahlreiche Aktionärinnen und Aktionäre einen Aktionärsantrag des Australasian Center for Corporate Responsibility (ACCR). Dieser verlangte von BP eine Erklärung der Methode zur Bewertung der Investitionsrendite bei Gasprojekten. Die Unterstützungsquote von 26 Prozent sei ein Rekord für einen Aktionärsantrag ohne Unterstützung des BP-Verwaltungsrats, teilte die ACCR in [einer Medienmitteilung](#) mit.

Schliesslich stimmten 18 Prozent der Aktionärinnen und Aktionäre gegen die Wahl des neuen Verwaltungsratspräsidenten. Sie werfen ihm vor, ihre Rechte missachtet zu haben. Mehrere grosse Investoren hatten ihre Ablehnung bereits vor der Generalversammlung angekündigt. Für eine erstmalige Wahl ist das ein schlechtes Ergebnis. Somit zieht der neu ernannte Präsident die gesamte Kritik verantwortungsbewusster Investierender auf sich, die mit dem strategischen Kurswechsel des Konzerns zu Jahresbeginn unzufrieden sind.

Diese Generalversammlung war ein Test für das Aktionariat: Ist es bereit, seine Stimme zu erheben? Der Test wurde bestanden. Die gesendete Botschaft kann der Verwaltungsrat nicht ignorieren. Institutionelle Investierende mit langfristigem Horizont wie Pensionskassen berücksichtigen Klimarisiken in ihren Mandaten. Das ist keine Frage der Ideologie, sondern eine treuhänderische Pflicht. Wenn Unternehmen ihre Transparenz reduzieren, reagieren diese Investierenden. Verwaltungsräte, die das verstehen, werden langfristig Vertrauen aufbauen. Die anderen werden sich weiterhin von Generalversammlung zu Generalversammlung mit ihren eigenen Aktionärinnen und Aktionären auseinandersetzen müssen.

WICHTIGE NACHRICHTEN

Das Geschehen im April 2026 war vor allem politisch und regulatorisch geprägt.

Am 2. April schickte der Bundesrat [seinen Entwurf zur Änderung](#) des Bundesgesetzes über die nachhaltige Unternehmensführung in die Vernehmlassung. Er präsentiert damit einen indirekten Gegenvorschlag zur Initiative für verantwortungsvolle Unternehmen und passt das Schweizer Recht an die im Rahmen des «Omnibus-Pakets» überarbeiteten europäischen Richtlinien CSRD (Corporate Sustainability Reporting Directive) und CSDDD (Corporate Sustainability Due Diligence Directive) an. Der Gesetzesentwurf enthält positive Elemente. Dazu zählen eine Haftungsregelung für im Ausland verursachte Schäden bei Verletzung der

Sorgfaltspflichten sowie die Pflicht zur externen Prüfung des Nachhaltigkeitsberichts. Bedeutende Rückschritte sind aber auch zu verzeichnen. Dazu gehört die drastische Reduzierung des Kreises der betroffenen Unternehmen und der Verzicht auf die Pflicht zur Umsetzung von Klimaplänen.

Das Initiativkomitee hat bereits seine Bedenken geäußert und dem Bundesrat [einen offenen Brief](#) zugestellt: «Problematische Lücken» ermöglichen, dass bestimmte gravierende Fälle «der Regulierung entgehen». Die Ethos Stiftung wird am Vernehmlassungsverfahren teilnehmen, das am 9. Juli 2026 endet.

Am 16. April hat ein Bündnis aus Vertreterinnen und Vertretern des Finanzsektors, der Politik und der Zivilgesellschaft bei der Bundeskanzlei die von 145'000 Personen unterzeichnete Volksinitiative «[Für einen nachhaltigen und zukunftsorientierten Finanzplatz Schweiz](#)» eingereicht. Die im November 2024 lancierte Initiative verlangt für die Akteurinnen und Akteure des Finanzplatzes (Banken, Versicherungen, Pensionskassen) verbindliche Regeln für im Ausland getätigte Finanzgeschäfte mit Klima- und Umweltrisiken.

Am 22. April veröffentlichte der Bundesrat seinen mit [Spannung erwarteten Botschaft](#) zur Regulierung der systemrelevanten Banken und deren Eigenmittelanforderungen. Er übernimmt unverändert einen zentralen Punkt der Reformen, der auch von der Ethos Stiftung [öffentlich unterstützt wurde](#): Systemrelevante Banken sollen den Buchwert von Beteiligungen an ausländischen Tochtergesellschaften vollständig mit hartem Kernkapital decken müssen.

Im Ölsektor sieht sich Shell [einer neuen Klage](#) der Nichtregierungsorganisation Friends of the Earth Netherlands (Milieudefensie) konfrontiert. Gestützt auf ein früheres Gerichtsurteil verlangt diese, dass Shell die Erschliessung neuer Öl- und Gasfelder einstellt und seine Treibhausgasemissionen zwischen 2030 und 2050 schrittweise reduziert. Shell hat übrigens im Gegensatz zu BP eingewilligt, den von Follow This und einer Koalition von Aktionärinnen und Aktionären (darunter die Ethos Stiftung) eingereichte Aktionärsantrag der Generalversammlung vom 19. Mai vorzulegen.

Im selben Sektor stösst das neue Abstimmungsprogramm von ExxonMobil auf Widerstand. Es ermöglicht Aktionärinnen und Aktionären, den Verwaltungsratsempfehlungen mit einem einzigen Klick zu folgen. Der Finanzcontroller von New York, der unter anderem die öffentlichen Pensionskassen der Stadt verwaltet, hat an der Generalversammlung vom 27. Mai [einen Aktionärsantrag](#) eingereicht. Er verlangt damit mehrere Abstimmungsoptionen ohne die Empfehlungen des Verwaltungsrats unverhältnismässig zu bevorzugen.

Auf breiterer Ebene zeigt [eine Studie](#), dass die Anzahl Aktionärsanträge zu Umwelt-, Sozial- und Governance-Themen in den USA in diesem Jahr gegenüber 2025 um 47 Prozent gesunken ist: Es wurden 184 Anträge eingereicht, davon 39 zum Klimawandel. Gemäss der Nichtregierungsorganisation As You Sow ist dies einerseits auf die neue Politik der US-Börsenaufsichtsbehörde SEC zurückzuführen. Sie erlaubt es Unternehmen nun, Anträge ohne Zustimmung der Behörde abzulehnen. Andererseits besprechen Unternehmen heikle Fragen ihres Aktionariats lieber unter Ausschluss der Öffentlichkeit.

Als direkte Folge dieses Politikwechsels wenden sich Aktionärinnen und Aktionäre, deren Anträge der Generalversammlung nicht vorgelegt werden, nun an die Gerichte. Das berichtet

[eine Notiz](#) des Harvard Law School Forum on Corporate Governance. Während Gerichtsverfahren zu Aktionärsanträgen früher «äusserst selten» waren, gab es seit Jahresbeginn bereits sechs. Fünf davon endeten mit einem aussergerichtlichen Vergleich, bei dem die Unternehmen die Anträge schliesslich aufnahmen.

GOOD NEWS

Die Abstimmungsergebnisse an der BP-Generalversammlung sind nicht die einzige gute Nachricht dieses Aprils. Das Bundesamt für Umwelt [meldete](#), dass die Schweiz ihre Treibhausgasemissionen zwischen 1990 und 2024 um 27,3 Prozent reduziert hat. Ein ermutigendes Ergebnis, auch wenn wir noch weit von der Zielerreichung gemäss dem Klimaschutzgesetz (50 Prozent Reduktion bis 2030, Klimaneutralität bis 2050) entfernt sind. Die Emissionen beliefen sich 2024 auf 40,1 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente, rund 0,5 Millionen weniger als 2023.

Darüber hinaus gab die Science Based Targets initiative (SBTi) [bekannt](#), dass die Anzahl Unternehmen mit einem Emissionsreduktionsziel, das mit einem Erwärmungsszenario von höchstens 1,5 °C oder 2,0 °C bis 2050 vereinbar ist, im ersten Quartal 2026 die symbolische Marke von 10'000 überschritten hat. Ende 2025 lag diese Zahl bei 9764 (plus 40 Prozent gegenüber 2024).

[Eine neue Studie](#) von BSI zeigt, dass Nachhaltigkeit für Unternehmen ein zentrales Thema bleibt. Von den befragten 7000 Unternehmensführerinnen und -führern aus G7-Ländern gaben 83 Prozent an, bis zur in ihrem Land festgelegten Frist Netto-Null erreichen zu müssen. 69 Prozent erklärten, ihr Engagement in diesem Bereich in den letzten zwölf Monaten verstärkt zu haben. Nur 14 Prozent haben ihre Ziele pausiert und 13 Prozent haben sie aufgegeben.

Schliesslich ist erfreulich, dass sich rund 50 Länder – darunter die Schweiz – vom 24. bis 29. April in Santa Marta (Kolumbien) zur [ersten Konferenz über den Ausstieg aus fossilen Energien](#) trafen. Diese Konferenz wurde bewusst ausserhalb der schleppenden COP-Prozesse konzipiert. Sie fand ohne die Länder statt, die dem Energiewandel am wenigsten verpflichtet sind (USA, China, Russland, Saudi-Arabien) sowie ohne die zahlreichen Lobbyistinnen und Lobbyisten der fossilen Energiebranche, die in den letzten Jahren die Gänge der Weltklimakonferenzen bevölkert hatten.



AKTUALITÄT ZU DEN GENERALVERSAMMLUNGEN

Die Saison der Generalversammlungen läuft auf Hochtouren. Und es sind einige Erfolge zu verzeichnen. So wurde Jan Jenisch, Verwaltungsratspräsident von Amrize und gleichzeitig CEO des Unternehmens, mit lediglich **79,5 Prozent** der Stimmen wiedergewählt. Gemäss ihren Stimmrechtsempfehlungen hatte die Ethos Stiftung im Namen des Grundsatzes der Gewaltentrennung eine Ablehnung seiner Wiederwahl empfohlen.

ENGAGEMENT UPDATE

Eine von Shareholders for Change koordinierte Gruppe von Investierenden – darunter die Ethos Stiftung und Mitglieder des Ethos Engagement Pool International – hat eine neue Dialogkampagne zur Steuerverantwortung lanciert. Sie richtet sich an zwölf besonders exponierte europäische Unternehmen. Das Ziel ist es, die Governance der Unternehmen bezüglich Steuerthemen zu stärken, die Transparenz zu verbessern und zu belegen, dass ihre Praktiken mit der langfristigen Wertschöpfung und den neuen regulatorischen Anforderungen vereinbar sind.

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) schätzt, dass Gewinnverlagerung Regierungen jährlich zwischen 100 und 240 Milliarden US-Dollar an entgangenen Steuereinnahmen kostet. Die entgangenen Steuern sind öffentliche Mittel, welche die Infrastruktur, Gesundheitsversorgung und Bildung finanzieren sollten. Davon hängen die Volkswirtschaften und die langfristigen Investitionsrenditen ab.

Gewinnverlagerungen stellen ein wachsendes finanzielles und systemisches Risiko für institutionelle Investoren dar. Als

Die Aktionärinnen und Aktionäre **von SIG Group** lehnten die Konsultativabstimmung über den Vergütungsbericht ab. Damit ist dies der erste kotierte Schweizer Konzern, dessen Vergütungsbericht in diesem Jahr keine Mehrheit erhielt. Gemäss gängiger Praxis sollte das Unternehmen sein Vergütungssystem bis zum nächsten Jahr überarbeiten, um dem Unmut des Aktionariats Rechnung zu tragen.

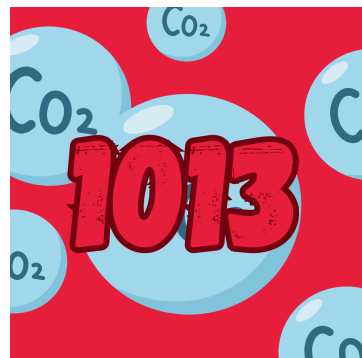
Um ein ähnliches Schicksal zu vermeiden, zog der Verwaltungsrat **von Leonteq** kurz vor Beginn der Generalversammlung den Antrag auf die Entlastung des Verwaltungsrats und der Geschäftsleitung für die Geschäftsjahre 2024 und 2025 zurück. In ihrer Analyse hatte die Ethos Stiftung kritisiert, dass der Verwaltungsrat die Entlastung für zwei separate Geschäftsjahre in einer einzigen Abstimmung beantragt hatte, obwohl die betroffenen Personen für beide Geschäftsjahre nicht dieselben waren. Da das Unternehmen in den vergangenen Jahren mit mehreren Skandalen konfrontiert war, hatte die Ethos Stiftung eine Ablehnung empfohlen.

Schliesslich kündigte der Präsident von **Fundamenta Real Estate** seinen Rücktritt im nächsten Jahr an. Die Generalversammlung 2026 wählte ihn mit 51 Prozent der Stimmen

langfristig diversifizierte Investierende spüren sie die Folgen der Steuervermeidung direkt, da diese die öffentlichen Einnahmen untergräbt, von denen ihre Portfolios abhängen. Auf Unternehmensebene ist das Risiko ebenso real: Die globale OECD-Mindeststeuer von 15 Prozent gilt in mehr als 55 Ländern und schränkt Gewinnverlagerungen in Niedrigsteuerländer ein. Betroffene Unternehmen sehen sich nun mit höheren Steuerkosten und potenziellen Gewinnkorrekturen konfrontiert, was sich auf ihren Aktienkurs auswirkt. Studien bestätigen ausserdem, dass transparente Steuerpraktiken die Fremdfinanzierungskosten senken. Verantwortungsvolles Steuerverhalten wird damit zum Treiber langfristiger Wertschöpfung, nicht bloss zur Compliance-Pflicht.

Auf regulatorischer Ebene verpflichtet die EU-Richtlinie 2021/2101 in der EU tätige Unternehmen mit einem Umsatz von mehr als 750 Millionen Euro zur Veröffentlichung ihrer länderspezifischen Steuerdaten in den EU-Mitgliedsländern sowie in Ländern der Schwarzen Liste der OECD. Die in diesem Jahr erstmals veröffentlichten Berichte werden es Investierenden ermöglichen, die Übereinstimmung der Gewinnverteilung mit dem tatsächlichen wirtschaftlichen Fussabdruck des Unternehmens zu beurteilen.

nur knapp, dies unter anderem aufgrund der Opposition der Ethos Stiftung. Ethos lehnte seine Wiederwahl ab, da sein Amtsdauer bereits 18 Jahre beträgt und damit über der in ihren Stimmrechtsempfehlungen vorgesehenen Grenze von 16 Jahren liegt. Diese Grenze soll eine ausreichende periodische Erneuerung des Verwaltungsrats gewährleisten. Das Unternehmen versicherte, dass die Nachfolgeplanung bereits im Gange sei.



ZAHL DES MONATS

Das sind laut einer kürzlich in der Fachzeitschrift *Nature* veröffentlichten [Studie](#) die tatsächlichen sozialen Kosten pro Tonne CO₂ – fünf bis zehnmal mehr als die derzeit von den Regierungen verwendeten Preise. Gemäss den Autorinnen und Autoren der Universität Stanford hatte eine 1990 ausgestossene Tonne CO₂ bis 2020 Schäden von 184 US-Dollar verursacht und wird bis 2100 weitere 1840 US-Dollar an Schäden verursachen – ein Faktor von zehn.

Der April ist aufgrund der zahlreichen Generalversammlungen einer der arbeitsreichsten Monate für die Ethos Stiftung. Anfang April kritisierte die Ethos Stiftung exzessive Vergütungen im Schweizer Bankensektor: 14,9 Millionen Franken für den CEO der UBS, 9,6 Millionen Franken für jenen von EFG International und sogar 23,1 Millionen Franken für den neuen CEO von Julius Baer, unter Berücksichtigung der 14,8 Millionen Franken als Ausgleich für die entgangene Vergütung beim vorherigen Arbeitgeber Goldman Sachs. [Diese Stellungnahme](#) wurde von Schweizer und internationalen Medien breit aufgegriffen.

Mitte April, also zehn Tage vor der BP-Generalversammlung und der Gewissheit, dass der Verwaltungsrat den korrekt eingereichte Aktionärsantrag der Generalversammlung nicht vorlegen wird, rief die Ethos Stiftung [öffentlich dazu](#) auf, gegen die Wahl des neuen Verwaltungsratspräsidenten und gegen den Widerruf früherer Klimaverpflichtungen zu stimmen. Mit dem bekannten Erfolg. Ende April sprach sich Ethos öffentlich für unverzichtbare Governance-Reformen bei der Swatch Group aus. [Diese stehen](#) im Einklang mit ihren wiederholten Forderungen an den Verwaltungsrat der vergangenen Jahre.

Am 15. April ergriff Vincent Kaufmann, Direktor der Ethos Stiftung, an der UBS-Generalversammlung in Basel [das Wort](#). Er formulierte drei Erwartungen an den Verwaltungsrat: die Ambition der Nachhaltigkeitsstrategie zu erhöhen, das Vergütungssystem zu überdenken und die Eigenkapitalbasis der Bank zu stärken. Am Folgetag trat er an der Nestlé-Generalversammlung auf und [appellierte](#) an den neuen Präsidenten und die neue Geschäftsführung, die Glaubwürdigkeit der Unternehmensführung wiederherzustellen und die Verantwortlichkeiten im Zusammenhang mit den zahlreichen Skandalen der letzten Jahre zu klären.

PRESSESPIEGEL

- [La pression monte sur la famille Hayek chez Swatch](#) (Watson, 29.04.26)
- [Ethos fordert von Swatch Group Governance-Reformen](#) (FuW, 29.04.26)
- [Les \(très\) sensibles enjeux ESG au menu des Assemblées Générales 2026](#) (RSEDATANEWS, 01.04.26)
- [Nestlé Shareholders Hit Out at Chairman, CEO Over Turmoil](#) (Bloomberg, 16.04.26)
- [La Fondation Ethos dénonce des salaires record dans les banques suisses: interview de Vincent Kaufmann](#) (RTS Forum, 07.04.26)
- [Ethos s'inquiète de la gestion des risques dans le secteur bancaire après les rémunérations octroyées aux patrons](#) (Le Temps, 07.04.26)
- [Ethos kritisiert hohe Vergütungen bei börsenkotierten Banken](#) (cash.ch, 07.04.26)

Abonnieren

Die **Ethos Stiftung** schliesst mehr als 250 schweizerische Pensionskassen und andere steuerbefreite Institutionen zusammen. Sie wurde 1997 zur Förderung einer nachhaltigen Anlagetätigkeit und eines stabilen und gesunden Wirtschaftsumfelds gegründet.

Das Unternehmen **Ethos Services** betreut Beratungsmandate für nachhaltige Anlagen. Ethos Services bietet nachhaltige Anlagefonds, Analysen von Generalversammlungen mit Stimmempfehlungen, Programme für den Aktionärsdialog mit Unternehmen sowie Nachhaltigkeits-Ratings und -Analysen von Unternehmen an. Ethos Services ist Eigentum der Ethos Stiftung und mehrerer Mitgliedsinstitutionen der Stiftung.

